Antrag Nr. 2

der Fraktion **FCG-ÖAAB**
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Sanierung und nachhaltige Sicherung des Isolvenz-Entgelt-Fonds (IEF)

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Bundesregierung und das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz auf, folgende Maßnahmen umzusetzen: Eine sofortige Anhebung des Beitragssatzes der Arbeitgeber:innen zum IEF auf ein Niveau, das die laufenden und absehbaren Ausgaben nachhaltig deckt (mindestens 0,2 Prozent der Lohnsumme). Eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Beitragssatzes entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung und der Inolvenzzahlen. Eine transparente Berichterstattung über die finanzielle Lage des Fonds. Die Sicherstellung, dass die Ansprüche der Beschäftigten im Insolvenzfall auch in Zukunft vollständig und zeitgerecht erfüllt werden. Eine Evaluierung der bisherigen Lohnnebenkostensenkungen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die soziale Absicherung der Arbeitnehmer:innen. Die Einbindung der Sozialpartner in die Weiterentwicklung und nachhaltige Finanzierung des IEF. Die Einführung einer gesetzlichen Bestimmung, dass künftig auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung im Falle einer Insolvenz vom Fonds abgegolten werden.

Begründung:

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Firmeninsolvenzen in Österreich kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2025 meldeten laut KSV1870 Analyse 6.810 Unternehmen Insolvenz an, ein Anstieg um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für 2026 wird ein ähnlich hohes Insolvenzaufkommen prognostiziert. Besonders betroffen sind die Dienstleistungsbereiche, der Handel und die Baubranche. Diese Entwicklung stellt den IEF, der die finanziellen Ansprüche der betroffenen Beschäftigten bei Zahlungsunfähigkeit der Arbeitgeber absichert, vor ernorme Herausforderungen.

Der IEF war einst hervorragend ausgestattet: Im Jahr 2021 betrug das Eigenkapital noch 979 Millionen Euro. Bis Ende 2023 ist dieser Betrag auf 631 Millionen Euro gesunken - ein Rückgang um mehr als ein Drittel. Die Großpleiten der Jahre 2024 und 2025, darunter KTM und Kika/Leiner, sind in diesen Zahlen noch nicht einmal enthalten. Die Bilanz für 2024 weist ein weiteres Absinken des Eigenkapitals auf 481 Millionen Euro aus. Die Auszahlungen an Beschäftigte übersteigen mittlerweile die Beiträge der Unternehmen deutlich. 2023 wurden 200 Millionen Euro an Arbeitnehmer:innen ausbezahlt, während die Unternehmensbeiträge nur 137 Millionen Euro betrugen. 2024 lag das Minus bereits bei 160 Millionen Euro, für 2025 wird ein Abfluss von 180 Millionen Euro erwartet.

Die Hauptursache für die finanzielle Schieflage des IEF ist die wiederholte Senkung der Arbeitgeberbeiträge. Während der Beitragssatz 2007 noch bei 0,7 Prozent der Lohnsumme lag, wurde er in den vergangenen Jahren sukzessive auf 0,2 Prozent und ab 2022 sogar auf nur noch 0,1 Prozent halbiert. Dadurch sind die Einnahmen des Fonds von 226 Millionen Euro im Jahr 2021 auf zuletzt 147 Millionen Euro (2024) gesunken. Gleichzeitig sind die Auszahlungen an die Beschäftigten durch die Pleitewelle massiv gestiegen.

Der IEF finanziert sich ausschließlich aus den Beiträgen der Unternehmen und dient als Versicherung für Beschäftigte im Insolvenzfall. Die aktuelle Beitragshöhe reicht jedoch nicht mehr aus, um die steigenden Ausgaben zu decken. Der Fonds zehrt von seiner Substanz und ist für eine anhaltende Rezession mit einer Serie großer Firmenpleiten nicht mehr ausreichend gerüstet. Sollte die Entwicklung so weitergehen, drohen Leistungskürzungen oder eine Gefährdung der Ansprüche der Arbeitnehmer:innen.

Laut Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz ist die Bunderministerin für Arbeit und Soziales verpflichtet, den Beitragssatz so festzulegen, dass die Einzahlungen die erwarteten Ausgaben decken. Die derzeitige Beitragshöhe widerspricht diesem Grundsatz und gefährdet die soziale Absicherung der Beschäftigten im Insolvenzfall.

Aktuell deckt der IEF im Falle einer Insolvenz nur die Arbeitnehmer:innen-Anteile zur Sozialversicherung ab. Jene der Arbeitgeberseite gehen der Sozialversicherung verloren. Dieser Umstand ist nicht nachvollziehbar und muss entsprechend korrigiert werden.

Die Pleite der KTM AG zeigt exemplarisch, wie sehr Unternehmen im Insolvenzfall auf die Leistungen des Fonds angewiesen sind. Während KTM in den letzten zehn Jahren rund 2,6 Millionen Euro in den Fonds eingezahlt hat, werden im Zuge der Insolvenz mindestens 20 Millionen Euro an die Beschäftigten ausbezahlt. Das Versicherungsprinzip des IEF gerät durch die unzureichende Finanzierung zunehmend in Schieflage.

Der IEF ist ein zentrales Element der sozialen Sicherheit in Österreich. Nur durch eine solide Finanzierung kann gewährleistet werden, dass Beschäftigte im Fall einer Firmenpleite nicht um ihre berechtigten Ansprüche gebracht werden. Die Sanierung und nachhaltige Sanierung des IEF ist daher dringend geboten - im Interesse aller Arbeitnehmer:innen und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒